



Medienmitteilung

Basel, 31. August 2016

Ja zum geordneten Atomausstieg

An der heutigen Delegiertenversammlung hat die SP Basel-Stadt einstimmig die JA-Parole zur Initiative für einen geordneten Ausstieg aus der Atomenergie gefasst. Zudem haben die Delegierten eine Resolution verabschiedet, mit welcher sie die Syngenta dazu auffordert, die Menschenrechte einzuhalten.

Ja zur Atomausstiegsinitiative

Am 27. November stimmt die Schweiz darüber ab, ob sie sich spätestens im Jahr 2029 von der Atomenergie verabschiedet. Der Vorfall in Fukushima 2011, aber auch der erst kürzlich bekannt gewordene Vorfall in Fessenheim sowie die wiederkehrenden Probleme in Mühleberg oder Beznau zeigen, dass die Weiterführung der Atomenergie ein gefährliches Spiel ist. Die Forschung und Entwicklung von Technologien der Energieentwicklung erlaubt es der Schweiz problemlos auf andere Energiequellen umzusteigen. Mit Ausnahme der maximalen Laufzeiten für bestehende AKW verfolgt die Initiative die gleiche Stossrichtung wie die Energiestrategie 2050 des Bundesrates. Deswegen hat die SP Basel-Stadt einstimmig die JA-Parole zur Initiative für den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie gefasst.

Syngenta soll Menschenrechte einhalten

Die SP Basel-Stadt setzt sich dafür ein, dass in Basel-Stadt domizilierte Konzerne die Menschenrechte einhalten und ihre Profite nicht zum Schaden der Menschen – sei es in der Schweiz oder in anderen Ländern dieser Welt – erwirtschaften. Vertreterinnen und Vertreter der SP Basel-Stadt konnten in den vergangenen Jahren wiederholt aus erster Hand Berichte von Geschädigten der Syngenta-Geschäftspolitik erfahren. Die Delegiertenversammlung der SP Basel-Stadt fordert in drei von Multiwatch Basel und anderen NGOs gut dokumentierten Fällen Sofortmassnahmen. Eine entsprechende Resolution haben die Delegierten einstimmig verabschiedet.

Für weitere Auskünfte stehen zur Verfügung:

Brigitte Hollinger, Präsidentin SP BS 076 467 33 93

Mustafa Atici, Vizepräsident SP BS 079 353 07 18



Resolution der SP Basel-Stadt

Syngenta muss Menschenrechte einhalten

Die SP Basel-Stadt setzt sich dafür ein, dass in Basel-Stadt domizilierte Konzerne die Menschenrechte einhalten und ihre Profite nicht zum Schaden der Menschen – sei es in der Schweiz oder in anderen Ländern dieser Welt – erwirtschaften. Der Agrarkonzern Syngenta steht in der Kritik von Menschenrechtsorganisationen und sozialen Bewegungen weltweit. Vor allem der Verkauf von in der Schweiz verbotenen hochgiftigen Pestiziden in Ländern des Südens, wo Bäuerinnen und Bauern diesen ohne die entsprechende Schutzkleidung ausgeliefert sind, verletzt das Recht auf Gesundheit gravierend.

Vertreterinnen und Vertreter der SP Basel-Stadt konnten in den vergangenen Jahren wiederholt aus erster Hand Berichte von Geschädigten der Syngenta-Geschäftspolitik erfahren. Die Delegiertenversammlung der SP Basel-Stadt fordert in drei von Multiwatch Basel und anderen NGOs gut dokumentierten Fällen folgende Sofortmassnahmen:

1. Auf Kaua'i kämpft die Bevölkerung für eine Deklarationspflicht der Pestizide, welche Syngenta auf ihren Versuchsfeldern ausbringt und Pufferzonen von 100 Metern zwischen diesen Feldern und Spitälern und Schulen. Wir fordern von Syngenta diese Minimalforderungen umgehend zu erfüllen.
2. In Pakistan kämpfen Arbeiterinnen und Arbeiter in Syngentas Pestizidfabrik in Karachi seit 10 Jahren für ihre Rechte. Syngenta reagiert mit einer gewaltvollen Kampagne gegen ihre Arbeiterinnen und Arbeiter, die bis zum Einsatz von Paramilitärs führt. Wir fordern die sofortige Wiedereinstellung des Gewerkschaftsführers Imran Ali, die Anerkennung aller Arbeiterinnen und Arbeiter in der Fabrik als Festangestellte mit allen im entsprechenden Gesamtarbeitsvertrag vereinbarten Rechten und die Respektierung der Gewerkschaftsrechte.
3. In Brasilien, im Bundesstaat Parana wurde Syngenta verurteilt und für den Tod des Gewerkschaftsführers Keno und weitere Verletzte verantwortlich gemacht. Wir fordern, dass die Angehörigen des 2007 Ermordeten endlich entschädigt werden und Syngenta die seit bald 10 Jahren unbezahlte Busse von USD 500'000 für illegale Gentechversuche an den Staat Parana bezahlt.